

20. Mai 2020

„Wirtschaftskrise der Superlative“ – Welf Werner

Anja Schüler: Herzlich willkommen zu einer weiteren Ausgabe von „Corona in den USA“. Mein Name ist Anja Schüler, und ich freue mich, dass Sie auch heute wieder den Podcast des Heidelberg Center for American Studies angeklickt haben. In dieser Woche spreche ich mit dem Wirtschaftswissenschaftler Welf Werner, seit 2018 Direktor des HCA und Professor an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Heidelberg. Er beschäftigt sich seit langem mit der Binnen- und Außenwirtschaftspolitik der USA und ihrer Wirkung auf die amerikanische Gesellschaft und Politik.

Die USA haben sich zum Brennpunkt der Covid-19-Pandemie entwickelt, und die beunruhigenden Nachrichten reißen nicht mehr ab. Im Hinblick auf Infektionszahlen und Todesfälle ist Amerika mit Abstand die am stärksten betroffene Nation. Aber auch wirtschaftlich erlebt das Land einen beispiellosen Niedergang, und das wird sicherlich auch der Rest der Welt auf die eine oder andere Weise zu spüren bekommen. Nicht zuletzt die Große Rezession von 2008 hat gezeigt, dass wirtschaftliche Entwicklungen in den USA stets auch auf die übrige Welt ausstrahlen.

Nehmen wir doch zunächst ein paar Schlüsselzahlen in den Blick, die für die gegenwärtige Wirtschaftskrise wichtig sind.

Welf Werner: Ja, beginnen wir mit dem wichtigsten Indikator, dem Wirtschaftswachstum, für das uns amtliche Schätzungen des Bureau of Economic Analysis vorliegen, allerdings bisher nur für das erste Quartal dieses Jahres. Im Zeitraum von Anfang Januar bis Ende März lag das Wachstum, hochgerechnet auf das gesamte Jahr, bei -4,8%. Das ist der schlechteste Wert seit der Großen Rezession von 2008; zugleich zeigt dieser Wert jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Der Lockdown, der in den USA Ende März/Anfang April umgesetzt wurde, entfaltet seine Wirkung erst im gegenwärtigen Quartal.

Für dieses zweite Quartal hat der Chef der amerikanischen Notenbank, Jerome Powell, den Niedergang der Wirtschaftsleistung auf 20% bis 30% geschätzt.

Die Arbeitslosenzahlen zeigen ähnliche Dimensionen. In nur acht Wochen haben sich 36 Millionen Bürgerinnen und Bürger arbeitslos gemeldet. Das Bureau of Labor Statistics gibt die offizielle Arbeitslosenquote gegenwärtig mit rund 15% an, gibt zugleich jedoch zu bedenken, dass die Quote aufgrund eines statistischen Fehlers wohl eher bei 20% liege;

Powell sieht sie für die nahe Zukunft bei bis zu 25%. Dies ist eine Dynamik wie es sie seit dem Ausbruch der Großen Depression in den 1930er Jahren nicht mehr gegeben hat.

Aufgrund dieser Zahlen lässt sich bilanzieren, dass sich für die USA auch in Bezug auf die Konjunktorentwicklung ein außerordentlich besorgniserregendes, oder besser gesagt, alarmierendes Bild ergibt.

Anja Schüler: In der Konjunkturberichterstattung der Medien finden regelmäßig nicht nur Wachstumsraten und Arbeitslosenzahlen Beachtung, sondern auch die Entwicklungen an den Aktienmärkten. Kannst Du ergänzend ein paar Hinweise geben, in welcher Weise sich die Pandemie auf die Kursentwicklung an den Börsen auswirkt?

Welf Werner: In der Tat! Über Börsenkurse wird nicht nur in Deutschland tagesaktuell in den Medien berichtet; sie finden auch in der amerikanischen Öffentlichkeit einige Beachtung, nicht zuletzt, weil es hier für viele Amerikanerinnen und Amerikanern um die Absicherung ihrer Altersvorsorge geht.

Dabei ist allerdings fraglich, ob die Entwicklung der Börsenkurse in den letzten Monaten halbwegs verlässliche Hinweise auf den Verlauf von Rezession oder Pandemie gibt. Der bisherige Kursverlauf gibt eher Rätsel auf, insbesondere in Hinblick auf die bislang schwierigste Phase der Pandemie. Der S&P 500, d.h. der Aktienindex, der die 500 größten amerikanischen börsennotierten Unternehmen abbildet, hat nach dem 23. März in nur fünf Wochen, einer Zeit alptraumhafter Zuspitzung der Pandemie, um 30% zugelegt.

Dieser Kursauschlag nach oben mitten in der schlimmsten Phase der Krise ist schwer verständlich. Er hat vielleicht auch etwas damit zu tun, dass es für Investoren an alternativen Anlagemöglichkeiten fehlt und die Weltwirtschaft seit der Großen Rezession von 2008 von den Zentralbanken, nicht zuletzt auch in den USA und im Euroraum, mit reichlich Liquidität geschwemmt wird.

Anja Schüler: Verstehe ich das richtig? Meinst Du, dass sich die Börsen in der Krise irrational verhalten?

Welf Werner: Was die Börsen angeht, so erscheinen mir in der Tat die Hinweise des amerikanischen Ökonomen und Nobelpreisträgers Robert Shiller hilfreich, der vor kurzem sinngemäß formuliert hat, dass die gegenwärtigen Kursbewegungen am besten als *emotionale* Reaktionen auf *einmalige* Ereignisse zu verstehen sind. Das Hauptaugenmerk in dieser Äußerung liegt auf den beiden Wörtern „emotional“ – im Gegensatz zu rational – und

„einmalig“, was bedeutet, dass es für die gegenwärtige Situation keine vergleichbaren Erfahrungen gibt. Die Anleger haben einfach keine gute Grundlage, auf der sie die zukünftigen Gewinnaussichten der Unternehmen halbwegs zuverlässig prognostizieren können.

Anja Schüler: Zurück zum Grundszenario der Wirtschaftsentwicklung, die du als besorgniserregend und alarmierend bezeichnest. Können wir uns ein paar Wirtschaftsbranchen und Unternehmen etwas genauer anschauen? Hat die gegenwärtige Wirtschaftskrise in den USA aufgrund ihrer außergewöhnlichen Triebkräfte einen besonderen Fingerabdruck in einzelnen Branchen und Unternehmen der US-Wirtschaft hinterlassen?

Welf Werner: Das könnte man so sagen! Das Einzigartige an dieser Wirtschaftskrise, nicht nur in den USA, besteht ja darin, dass es die Regierungen waren, die die Wirtschaftsaktivitäten ihrer Länder lahmgelegt haben. Aufgrund einer außer Kontrolle geratenen Pandemie sahen sie sich gezwungen, durch Lockdowns Sozialkontakte und damit Wirtschaftsaktivitäten erheblich einzuschränken. Diese Maßnahmen haben tiefe Spuren sowohl im Konsumverhalten der Bürger als auch in der Produktion hinterlassen.

Wie andernorts waren von den Lockdowns in den USA zunächst vor allem Dienstleistungsbranchen, und hier vor allem die sogenannten Face-to-Face Dienstleistungen betroffen, die ohne direkte menschliche Kontakte nicht abgewickelt werden können. Wir kennen diese Branchen; es handelt sich beispielsweise um das Gastronomie- und das Unterhaltungsgewerbe oder den Tourismus. In der amerikanischen Luftfahrtbranche ist das Passagieraufkommen auf 6% seines ursprünglichen Niveaus gefallen. In normalen Zeiten gelten Nachfragerückgänge von 5 oder 10% als besorgniserregend, hier geht es um einen Rückgang von 94%.

Anja Schüler: Wird es bei diesem besonderen Fingerabdruck in Hinblick auf Branchen und Unternehmen auch im weiteren Krisenverlauf bleiben?

Welf Werner: Ich denke nicht. Wir sollten vielmehr davon ausgehen, dass sich das Branchenprofil der Rezession in den USA bereits schon gegenwärtig deutlich verändert – und zwar in dem Sinne, dass sich die negativen Wirkungen der Wirtschaftskrise gleichmäßiger auf die gesamte U.S.-Wirtschaft verteilen. Dies liegt vor allem daran, dass sich Faktoren wie die Arbeitslosigkeit, der Kaufkraftverlust der privaten Haushalte und deren Konsumzurückhaltung aufgrund von Verunsicherung auch auf güterproduzierende Branchen auswirken. Zudem ist das güterproduzierende Gewerbe auch in besonderem Maße von der

Unterbrechung globaler Lieferketten betroffen. Weitere flächendeckende negative Wirkungen sind schließlich durch den Niedergang der Investitionen und der Exporte in eine geschwächte Weltwirtschaft zu erwarten.

Vielleicht sollte ich allerdings hinzufügen, dass eine ganze Reihe der amerikanischen Big Tech Companies ihre wirtschaftliche Position im ersten Quartal des Jahres stärken konnten. Global agierende IT-Riesen wie etwa Google-Alphabet, Microsoft, Netflix oder Facebook werden aller Voraussicht nach gestärkt aus der Krise hervorgehen, national wie auch international.

Anja Schüler: Wenden wir uns den Bürgerinnen und Bürgern zu: Zeigt die Corona Wirtschaftskrise auch bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein besonderes Profil gegenüber anderen Wirtschaftskrisen?

Welf Werner: Für die erste Phase des wirtschaftlichen Abschwungs infolge des Lockdowns liegt eine Untersuchung der Washingtoner Denkfabrik Brookings über besonders verletzte Branchen und deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor. Demnach weisen die von den wirtschaftlichen Effekten des Lockdowns besonders stark betroffenen Bürgerinnen und Bürger besondere demographische Merkmale auf: Deutlich überproportional betroffen von Arbeitslosigkeit waren in den ersten Wochen der Krise Jüngere, Teilzeitkräfte, gering Qualifizierte wie übrigens, in gewissem Umfang, auch Frauen. Eine sehr deutliche Sprache spricht auch der Durchschnittsverdienst der besonders Betroffenen, der bei nur gut der Hälfte der übrigen Arbeitnehmer lag.

Alles in allem sieht es so aus, als seien diejenigen, die ohnehin keine besonders starke Position am Arbeitsmarkt haben, von der Krise in ihrer ersten Phase besonders stark betroffen gewesen.

Anja Schüler: Wird das denn so bleiben?

Welf Werner: Ich befürchte ja. In der Großen Rezession von 2008 war es der gesamte amerikanische Mittelstand, den die Krise über Kaufkraft- und Vermögensverluste über viele Jahre stark in Mitleidenschaft gezogen hat – übrigens mit weitreichenden politischen Auswirkungen, möglicherweise bis in die schicksalhafte Präsidentschaftswahl von 2016.

Protestbewegungen entstanden damals nicht nur an den Rändern des politischen Spektrums wie etwa in Form der Tea Party Bewegung oder dem Occupy Movement; die große Rezession

von 2008 führte auch zu einer großen und langanhaltenden Frustration in der Mitte der amerikanischen Gesellschaft.

Anja Schüler: So weit der Überblick über die sich zuspitzende Konjunkturlage und die gegenwärtige Situation für einzelne Branchen, Unternehmen und Bürger. Wenden wir uns nun einem zweiten großen Themenbereich zu: Wie hat die Regierung bislang auf die Rezession reagiert? Mit welchen Maßnahmen versucht sie, die wirtschaftliche Krise zu bekämpfen?

Welf Werner: Die wirtschaftspolitische Reaktion der amerikanischen Regierung ist wie in allen großen Rezessionen zweigeteilt, in geldpolitische und fiskalpolitische Maßnahmen.

Ich beginne mal mit der Geldpolitik. Die amerikanische Notenbank verfolgt mit verschiedenen geldpolitischen Maßnahmen das Ziel, die Zinsen zu senken bzw. niedrig zu halten und die Wirtschaft mit ausreichend Liquidität zu versorgen.

Wie bereits 2008 hat das Federal Reserve System auch dieses Mal auf erste Anzeichen der herannahenden Krise frühzeitig und mit einiger Entschiedenheit reagiert. Der Leitzins wurde in der ersten Märzhälfte in zwei Schritten um insgesamt 150 Basispunkte bis fast auf null gedrückt. Da das Zinsniveau bereits vor Ausbruch der Krise recht niedrig war, gab es bei diesen konventionellen Maßnahmen allerdings nur vergleichsweise geringen Spielraum. Wichtiger waren die unkonventionellen Maßnahmen, wie sie erstmals in der Großen Rezession von 2008 zum Einsatz kamen.

Die U.S. Notenbank Fed legte am 15. März ein Anleihekaufprogramm mit einem Volumen von 700 Mrd. US Dollar auf und verkündete dann nur 8 Tage später, Anleihen zukünftig in unbegrenzter Höhe und ohne zeitliche Begrenzung zu erwerben.

Die Fed hat in den letzten Wochen sehr zahlreiche Programme ins Leben gerufen wobei sie eine Vielzahl von Akteuren im Blick hatte, nicht nur Unternehmen, sondern beispielsweise auch die amerikanischen Einzelstaaten, die mehrheitlich anders als die Bundesregierung keine Schulden machen dürfen und sich somit aufgrund der hohen Steuerausfälle in einer recht prekären Situation befinden.

Die Fed hat als globaler lender of last resort schließlich auch den Notenbanken anderer Länder Kreditlinien eingeräumt.

Alles in allem kann man der Fed für ihre beherzte Krisenintervention sicherlich recht gute Noten ausstellen - wie übrigens bereits auch 2008.

Anja Schüler: Gibt es einen besonderen Grund dafür, dass die amerikanische Notenbank nach 2008 ein weiteres Mal so entschieden eingreift?

Welf Werner: Der wichtigste Grund für das entschiedene Handeln der amerikanischen Geldpolitik ist wohl vor allem darin zu suchen, dass sie, anders als die amerikanische Fiskalpolitik, weitgehend unabhängig von politischen Entscheidungsbildungsprozessen agiert. Wie andere Notenbanken ist die Fed weitgehend unabhängig von Regierung und Parlament, wo es manchmal schwierig wird, den notwendigen Konsens in der Krise herzustellen.

Anja Schüler: ... was uns zurückbringt zur Fiskalpolitik, die du als zweite Säule der wirtschaftspolitischen Krisenbekämpfung der amerikanischen Regierung angesprochen hast.

Welf Werner: Richtig; neben der Geldpolitik gibt es noch die Fiskalpolitik. Mithilfe fiskalpolitischer Maßnahmen schaffen Regierung und Kongress in großen Rezessionen für gewöhnlich zusätzliche Kaufkraft, um die in der Krise ausgefallene Nachfrage zumindest teilweise zu ersetzen. Bei dem sogenannten Deficit Spending, kommt es darauf an, dass staatliche Ausgaben, nicht aber die staatlichen Einnahmen, gesteigert werden, um auf diese Weise einen positiven Nettoeffekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu erzielen. Freilich können mit diesen Ausgaben zugleich auch strukturelle oder soziale Aufgaben angegangen werden wie die Verbesserung von Infrastruktur, Bildungssystem oder Gesundheitsversorgung.

Und in der Tat ist es oft nicht ganz einfach, über derartige Maßnahmen Einvernehmen im Kongress herzustellen. In der großen Rezession von 2008 beispielsweise haben die Republikaner im Kongress fast ausnahmslos gegen das Konjunkturpaket der Obama Regierung gestimmt – und zwar mit dem Hinweis, dass die Demokraten als Big Spenders einfach mal wieder Geld in die Hand nehmen und das Defizit erhöhen wollten, was natürlich nicht richtig ist. Deficit Spending in schweren Wirtschaftskrisen ist etwas anderes als in guten Zeiten, eine Grunderkenntnis der Makroökonomie, die im polarisierten politischen System der USA allerdings kaum noch durchdringt.

Wie dem auch sei, in der gegenwärtigen Krise tragen die Republikaner Regierungsverantwortung und waren nun sehr wohl bereit, mithilfe fiskalpolitischer Mittel gegenzusteuern.

In der ersten Hälfte des Monats März wurden vom Kongress zunächst \$8.3 Mrd. Dollar für die Entwicklung eines Impfstoffs und dann \$104 Mrd. für die Finanzierung von Krankentagegeld und Arbeitslosenunterstützung bewilligt. Am 27. März unterzeichnete

Präsident Trump ein Konjunkturpaket, das einen Umfang von sage und schreibe 2200 Mrd. Dollar hat, entsprechend 11% des BIP. Dieses Krisenpaket ist dreimal so groß wie das, das die Obama Regierung zu Beginn des Jahres 2009 als eine ihrer ersten Amtshandlungen auf den Weg gebracht hat.

Anja Schüler: Um welche Maßnahmen geht es bei diesem Konjunkturpaket im Einzelnen?

Welf Werner: Das Gesetz, übrigens mit dem Namen CARES für Coronavirus Aid, Relief, and Economic Security Act, umfasst wie immer bei solchen Konjunkturpaketen eine bunte Sammlung von Maßnahmen: Etwa eine zeitlich befristete Aufstockung der Arbeitslosenversicherung. Diese Versicherung ist in den USA recht knapp bemessen, und zwar mit durchschnittlichen wöchentlichen Unterstützungsleistungen von nur 385 Dollar und einer Höchstbezugsdauer von 28 Wochen. Dies ist nun zeitlich befristet korrigiert worden.

Das Gesetz umfasst natürlich auch Kredite für große, mittlere und kleine Unternehmen. Diese Kredite können in nicht zurückzuzahlende Transfers umgewandelt werden, sofern die Unternehmen darauf verzichten, in größerem Umfang Entlassungen auszusprechen.

Schließlich gibt es ein weiteres Instrument, das ich hier nennen kann; ein Instrument, das wir in Deutschland so nicht kennen, das aber in den USA recht beliebt ist, insbesondere auch bei Republikanern: Die Versendung von Schecks an die Bürger. Präsident Trump hat in diesem Fall darauf bestanden, dass die Schecks als Absender seine persönliche Unterschrift tragen; ein erstes Anzeichen, dass es hier keineswegs nur um die Rettung der Wirtschaft geht.

Anja Schüler: Und im Kongress haben beide Parteien für das Gesetz gestimmt?

Welf Werner: Ja, das haben sie. Republikaner und Demokraten haben sich recht schnell auf das Corona Konjunkturpaket einigen können, was eine gute Nachricht ist! Die Demokraten haben sich besonders für die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen eingesetzt. Zudem haben sie eingefordert, dass die Zahlungen an Unternehmen an bestimmte Bedingungen geknüpft werden wie etwa den Verzicht auf Dividendenzahlungen, Aktienrückkäufe oder Bonuszahlungen an die Geschäftsführung.

Anja Schüler: Wenn ich dich richtig verstehe, hat die historische Coronakrise bereits in den vergangenen Wochen eine ebenfalls historische wirtschaftspolitische Antwort in den USA hervorgebracht, bei der Geldpolitik wie auch bei der Fiskalpolitik. Wird man eines Tages sagen können, dass die Maßnahmen angemessen und richtig waren und ihre Ziele erreicht haben?

Welf Werner: Na ja, die unmittelbaren Wirkungen dieser vielfältigen und sehr weitreichenden Maßnahmen lassen sich in dem komplexen Geschehen einer solchen außerordentlich schweren Wirtschaftskrise nicht ohne weiteres zurückverfolgen. In den Jahren nach der letzten großen Rezession lagen die Schätzungen der Ökonomen zu den Wirkungen einzelner Konjunkturmaßnahmen recht weit auseinander.

Wichtig ist bei der Fiskalpolitik aber, dass Entscheidungen im Kongress schnell getroffen werden, dass dann auch die Ausgaben schnell fließen und dass sie große Multiplikatoreffekte entwickeln, dass also jeder zusätzlich ausgegebene Dollar weitere Ausgaben im Wirtschaftskreislauf nach sich zieht.

Auch die Beachtung sozialer Härten und eine gewisse Gerechtigkeit in Hinblick auf die Verteilung der staatlichen Unterstützungszahlungen unter verschiedenen Empfängergruppen ist außerordentlich wichtig. In der Krise von 2008 hatte es in den USA einigen Unmut gegeben, dass der Wall Street mit allen nur verfügbaren Mitteln geholfen wurde, der „Average Joe“ und die „Average Jane“ der „Main Street“ im Vergleich dazu jedoch wenig Unterstützung erhielten.

Kurzum, für eine Bilanz der wirtschaftspolitischen Krisenabwehr ist es, würde ich sagen, gegenwärtig noch zu früh. Zu begrüßen ist sicherlich, dass es im Kongress gelungen ist, schnell zu einer Einigung in Hinblick auf das große Konjunkturprogramm zu kommen: angesichts der Erfahrungen von 2009, als die Republikaner die Krisenabwehr der Obama Regierung aus parteitaktischen Gründen nicht mitgetragen haben, ist das keine Selbstverständlichkeit.

Anja Schüler: Gibt es neben den fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen noch weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen in den USA, die wir berücksichtigen sollten?

Welf Werner: Im Großen und Ganzen ist es das. Aber dennoch kann man bei dieser Rezession nicht genug betonen, dass es sich nicht um eine Rezession wie jede andere handelt. Die Fiskal- und Geldpolitik steht bei der Bekämpfung der Corona Krise nur in abgeschlagener zweiter Reihe. Die Krise wurde nicht wie sonst durch eine Vertrauenskrise ausgelöst, sondern durch eine Pandemie.

In der ersten Reihe der staatlichen Krisenbekämpfung steht die Eindämmung der Infektionsdynamik durch die hinreichend bekannten Maßnahmen wie rechtzeitiges und umfangreiches Testen, ein schnelles Meldewesen, die konsequente Nachverfolgung von

Kontakten, und nicht zuletzt die Disziplin der Bevölkerung bei der Einhaltung von Distanz- und Hygienemaßregeln.

Anja Schüler: Was bedeuten denn diese Maßnahmen in Hinblick auf Wirtschaft und Wirtschaftspolitik?

Welf Werner: Lass es mich mal so sagen: Bei Versagen dieser ersten außerordentlich bedeutenden Krisenantwort, so meine Befürchtung, wird die beste wirtschaftspolitische Krisenabwehr nicht gut genug sein. Bei einem Versagen der Pandemiebekämpfung könnte der wirtschaftspolitischen Gegenwehr schnell die Luft ausgehen.

Insofern kann man nicht nur in Richtung USA, sondern auch in Richtung Deutschland sagen, dass der größte wirtschaftliche Schaden mittel- und langfristig nicht durch behutsames und kontrolliertes Hochfahren des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft entsteht. Die größte Gefahr für eine Erholung der Volkswirtschaften besteht in einer zweiten Infektionswelle, wie auch Fed-Chef Powell vor wenigen Tagen noch einmal in Hinblick auf die USA gewarnt hat.

Kommt die Pandemie zurück, stehen die USA, wie übrigens auch andere Staaten, vor einer Zerreißprobe zwischen humanitärer Katastrophe, wenn sie die Sache einfach laufen lassen, und einem erneutem Lockdown. Die daraus entstehende Unsicherheit ist nicht nur Gift für Zusammenleben und Gemeinwesen, sondern insbesondere auch für die Wirtschaft. Vertrauen ist der wichtigste Schmierstoff einer dynamischen Volkswirtschaft und dies gilt insbesondere auch für die Rückkehr aus einer tiefen Rezession. Oder anders ausgedrückt: Aus meiner Sicht ist der erratische und abenteuerliche Kurs der Trump Administration bei der Bekämpfung der Gesundheitskrise zugleich auch ihre größte Last bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise.

Anja Schüler: Wenn wir auf das Gesamtbild der Dynamiken von Pandemie, Rezession und wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen schauen: Welche Besonderheiten würdest Du für die USA gegenüber anderen Ländern hervorheben?

Welf Werner: Oh, da gibt es eine ganze Reihe von Punkten, die ich nennen würde:

Erstens: Wie Deutschland hatten die USA einige Zeit, in der sie in Ländern wie Italien die fatalen Wirkungen der ungebremsten Pandemie verfolgen und ihr Land vorbereiten konnten.

Zweitens: Die USA haben diese Zeit weniger konsequent genutzt als viele andere Staaten. Die Tests sind sehr spät gekommen; die Regierung hat die Bedrohung lange nicht beim Namen nennen wollen. Hier sehe ich einen entscheidenden Unterschied zwischen den USA und Deutschland.

Drittens: Eine sehr ähnliche Ausgangslage finden wir dagegen in beiden Ländern durch den ausgeprägten Föderalismus vor, in dem die Abwehr der Infektionsdynamik durch zahlreiche Akteure gesteuert wird. Der politische Kontrollverlust der Zentrale beim Wiederhochfahren erscheint mir in den USA allerdings stärker als in Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern. Die Öffnungs-Kontroversen werden in den USA schärfer geführt und sind stärker parteipolitisch aufgeladen. Sie werden durch den Präsidenten nicht geschlichtet, sondern angeheizt, was sich im Verlauf des Wahljahres 2020 noch weiter zuspitzen könnte.

Viertens: Bei der Eindämmung des Virus sind die USA in einigen Landesteilen gegenwärtig noch bei weitem nicht so weit wie westeuropäische Staaten, was das gegenwärtige Hochfahren bedenklicher macht. Dies sagt nicht nur der Chef-Virologe der Trump Administration, Anthony Fauci, sondern auch viele seiner internationalen Fachkollegen. Wie gesagt ist eine erfolgreiche Eindämmung des Virus zugleich auch die wichtigste wirtschaftspolitische Antwort auf die Wirtschaftskrise.

Fünftens, und damit bin ich bei meinem letzten Punkt: Bei den wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegen die Rezession haben Deutschland und die USA andere Ausgangspunkte: in den USA gibt es traditionell viel mehr Markt und viel weniger Staat, was im Ergebnis in der gegenwärtigen Krise Nachteile wie auch Vorteile haben kann.

Eine schwierigere Ausgangslage sehe ich für die USA in Hinblick auf eine Reihe spezifischer Regelungen des Wohlfahrtsstaates; die lückenhafte und recht ungleiche Gesundheitsversorgung, die recht knapp bemessene Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die geringere staatliche Unterstützung der Kurzarbeit als Alternative zur Arbeitslosigkeit und schließlich auch die Tatsache, dass prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse in den USA sicherlich sehr viel prekärer sind als bei uns. Was aus europäischer Sicht oft als Schwächen des amerikanischen Sozialstaates angesehen wird, könnte in der Pandemie, so befürchte ich, deutlicher hervortreten.

Die USA mögen andererseits aufgrund ihres schlankeren Staates nicht so gefährdet sein wie Deutschland, Unternehmen und ganze Wirtschaftsbranchen durch die Krise zu tragen, deren Geschäftsmodelle schon lange vor der Krise keine Modelle mehr waren, Stichwort Kaufhäuser oder auch Verbrennungsmotor.

Anja Schüler: Wir sind am Ende unseres Gesprächs angelangt – obwohl – noch nicht ganz! Kannst Du bitte noch in wenigen Sätzen einen Ausblick wagen, wie es in den USA in Zukunft

aus wirtschaftlicher Sicht weitergehen wird? Etwa mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise? Oder sogar auch auf lange Sicht, d.h. in Hinblick auf die Zeit nach Corona?

Welf Werner: Gerne, ganz kurz! Zur Rezession: hier wird es auf zwei Dinge ankommen: erstens, wird es gelingen, die Ausweitung der Coronarezession in eine allgemeine sich selbst beschleunigende Vertrauenskrise zu verhindern? Und zweitens; wird es gelingen, bei zunehmenden Unternehmensinsolvenzen die Stabilität des Finanzsektors aufrechtzuerhalten?

Bei der zweiten Frage haben die USA möglicherweise eine bessere Ausgangslage als der Euroraum, der für externe Schocks wie die Corona Krise nach wie vor nicht gut gerüstet ist, Stichwort Geburtsfehler der Währungsunion.

Für die U.S.-Fiskalpolitik würde ich mir wünschen, dass sie weiterhin handlungsfähig bleibt, was allerdings angesichts der anstehenden Präsidentschaftswahlen im November und dem ungebremsten Profilierungsdrang in einem polarisierten politischen System schwieriger werden könnte.

Anja Schüler: Und für die Zeit nach Corona?

Welf Werner: Dafür ist es noch ein wenig früh. Aber: Fragen von zentraler Bedeutung werden sicherlich den Rückzug des auch in den USA erstarkten Staates aus der Wirtschaft betreffen wie andererseits auch den Umgang mit der deutlich gestiegenen Schuldenlast.

Für die Rolle der USA in der Weltwirtschaft stellt sich die Frage, ob sich protektionistische und isolationistische Tendenzen der vergangenen Jahre während und nach der Krise beschleunigt fortsetzen und China international weiter an Boden gewinnen wird.

Bei vielen dieser Fragen werden die Amerikanerinnen und Amerikaner am 3. November – also bei den Präsidentschaftswahlen – freilich ein gewichtiges Wörtchen mitreden – und wir werden als Heidelberg Center for American Studies diese Entwicklungen weiterhin aufmerksam verfolgen.

Anja Schüler: Ganz herzlichen Dank, Welf Werner, für diese Einsichten. In der nächsten Woche wird es um die Frage gehen, ob und wie die Covid-19-Pandemie die sozialen Ungleichheiten in den USA verstärkt hat. Darüber spreche ich dann mit den beiden Geografinnen Ulrike Gerhard und Judith Keller. Das war der wöchentliche Podcast des Heidelberg Center for American Studies der Universität Heidelberg. Mein Name ist Anja Schüler und mein Dank geht wie immer an Julian Kramer für die Technik und Thomas

Steinbrunner für die Musik und an Sie fürs Zuhören. Bis zur nächsten Folge – bleiben Sie gesund.